

Solidarität



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 50 • 37. Jahrgang

Berlin, den 12. Dezember 1931

Ausbeutung sozialer Not in unserm Gewerbe

Je miserabler in der Wirtschaftskrise die Lage der Arbeiterchaft sich gestaltet, um so größer wird die Zahl und um so gewissenloser werden die Methoden jener Sorte sozialpolitischer Beutejäger, die hieraus ihre verächtlichsten Vorteile zu schöpfen versuchen. Sehr mit Recht wurde in der „Solidarität“ (Nr. 46: „Hyänen des wirtschaftlichen Schlachtfeldes“) eine umfassende Charakterisierung der unfauberen Elemente vorgenommen, die sich in der gegenwärtigen schweren Zeit durch Stellenangebots-, Nebenverdienst-, Kautions-, Darlehensschwindereien usw. mehr denn je auf Kosten anderer zu bereichern trachten. Es ist an der Zeit, diese trefflichen Darlegungen nach einer Richtung hin zu ergänzen, die mitten hinein ins gewerbliche Lager führt. Denn auch hier spielen sich gegenwärtig auffallend häufig Vorgänge ab, die in sittlicher Hinsicht mindestens eine gleichartige Kennzeichnung verdienen und denen die sorgfältigste Aufmerksamkeit der Kollegenchaft gebührt.

Stрупелlose gewerbliche Unternehmer halten die Voraussetzungen für günstig, eine „Ausfoderung der Tarifverträge“ auf eigene Faust in Angriff zu nehmen. Ihre Bestrebungen richten sich regelmäßig in erster Linie gegen das Hilfspersonal der Druckerei- und Buchbindereiabteilungen, weil sie hier dem geringsten Widerstand zu begegnen hoffen. Es versteht sich zudem am Rande, daß das leitende Objekt dieser Bestrebungen in der Mehrzahl der Fälle aus den Kreisen Unorganisierter gestellt wird. Insofern könnte man zu der Auffassung gelangen, wir seien an einschlägigen Vorkommnissen „mehr oder weniger gar nicht interessiert. Das würde jedoch eine gefährliche Verneinung der Sachlage bedeuten, wie aus der folgenden Schilderung der vorerwähnten Bestrebungen mancher Unternehmer zu ersehen sein dürfte, die sich eng an eine Reihe tatsächlicher Vorkommnisse im Gewerbe anlehnt.

Namentlich aus dem Westen des Verbandsgebietes wurden schon seit geraumer Zeit Klagen darüber laut, daß dort aus lohnaristifischen Gründen eine geradezu systematische „Verjüngung“ des Hilfspersonals betrieben wurde. Lediglich aus dem Grunde, weil sie das Unglück hatten, das 21. oder 24. Lebensjahr zu erreichen und damit Anspruch auf Entlohnung nach einer höheren Lohnklasse zu erwerben, wurden zahlreiche Kolleginnen und Kollegen rüstloslos der Arbeitslosigkeit ausgeliefert. Lag bereits darin eine schärfstens zu mißbilligende soziale Verantwortungslässigkeit, so ist das, was neuerdings zahlreiche gewerbliche Unternehmer betreiben, einfach als sozialpolitische Exploitation allerhöchster Art zu bezeichnen. In einer ganzen Reihe von Fällen hat man solchen Kolleginnen und Kollegen, die gemäß den lohnaristifischen Bestimmungen in eine höhere Lohnklasse aufzücken mußten, die Auszahlung des höheren Lohnes glattweg verweigert und sie vor die Alternative gestellt, entweder für den bis dahin bezogenen geringeren Lohn weiterzuarbeiten, oder sich als unfähig zu betrachten. Als Begründung für dieses rigorose Vorgehen wird regelmäßig behauptet, für die betreffenden Arbeiten seien nur jüngere, also minderentlohnte Arbeitskräfte vorgesehen, und man sei daher nicht in der Lage, dafür die höheren Löhne der gehobenen Klassen auszuwerfen. Abgesehen von den Grundfragen tarifpolitischer Sauberkeit, die uns überhaupt daran hindern, solche Versuche irgendwie zu billigen, würde man das Vorgehen der betreffenden Unternehmer immerhin noch bis zu einem gewissen Grade verstehen können, wenn es sich in solchen Fällen tatsächlich um Arbeiten handelte, die ihrer ganzen Beschaffenheit nach für die Bewältigung durch jugendlichere Arbeitskräfte geeignet sind. Das ist indes fast regelmäßig nicht der Fall. Es ist vielmehr so, daß es sich zum Teil um Arbeiten handelt, die man normalerweise

und seit jeher nur älteren, langjährig erfahrenen Kolleginnen und Kollegen anzuvertrauen in der Lage ist. Wenn man trotzdem den Anschein zu erwecken sucht, als habe man für derartige Arbeiten ursprünglich nur jüngere, gleich minderentlohnte Arbeitskräfte vorgesehen, so verbindet sich damit die gemeine Spekulation, unter dem Druck der sozialen Lage älter werdende Kolleginnen und Kollegen untariflich entlohnen, d. h. sie um ihre tariflichen Mindestrechte betrügen zu können. Bei weitem nicht mehr so selten wie früher wird neuerdings auch von gewerblichen Unternehmern versucht, vom Arbeitsamt oder durch Zeitungsinsertate angeforderte Kolleginnen und Kollegen zu untariflichen Löhnen einzustellen. Auch hierbei geht man von der üblichen Erwartung aus, daß manche langjährig arbeitslose Arbeiter oder Arbeiterinnen bereits genügend zermürbt sind, um sich für eine allmähliche Ausschöpfung der Tarifverträge mißbrauchen zu lassen. Es sind uns zweifelsfreie Fälle bekannt, in denen man sich nicht genierete, seit langen Jahren im Beruf tätigen Anlegerinnen Wohnsitzhöhe von sage und schreibe 12 M. anzubieten. Die Kollegenschaft mag aus solchen Vorkommnissen ersehen, wie sich bestimmte Kreise des gewerblichen Unternehmertums „angemessene“ Lohnvereinbarungen unter Ausschluß der Gewerkschaften vorstellen. Man war dreist genug, Proteste organisierter Bewerberinnen gegen derartige Zumutungen mit dem zynischen Schlagwort zu beantworten, es müsse doch heute jeder froh sein, überhaupt Arbeit zu bekommen. Den Gipfelpunkt der Unverschämtheit erklommen jedoch einige Unternehmer, die einige unserer Kolleginnen nach Ablehnung derart glänzend honorierter Arbeitsstellen beim Arbeitsamt — selbstverständlich ohne Erfolg — wegen „Arbeitscheu“ zu verurteilen und benachteiligen versuchten.

Das Betriebsvermögen im Diversifizierungsgewerbe

Auf Grund des Reichsbewertungsgesetzes findet alle drei Jahre eine steuerliche Festsetzung der Vermögenswerte statt, die dann der Besteuerung in Reich, Ländern und Gemeinden einheitlich zugrunde zu legen sind. Die erste Einheitsbewertung erstreckt sich über die Jahre 1925 bis 1927, die zweite über die Jahre 1928 bis 1930, und die dritte ist im laufenden Jahre vorzunehmen. Der jeweilige Stichtag ist der 1. Januar. Für die beiden ersten Feststellungszeiträume sind nunmehr die statistischen Ergebnisse vorhanden. Ebenso wie die Vermögenswertestatistik gliedert auch die Statistik der Einheitswerte die Gesamtergebnisse nach Gewerbegruppen auf. Jedoch hat diese Statistik den Vorteil, daß sie neben den Vermögen der Betriebsinhaber auch die fremden Mittel angibt, die im Betriebe arbeiten, so daß sich das rohe Betriebskapital oder auch gewerbliche Vermögen darstellen läßt und als Folge der Anteil, den die fremden Mittel im ganzen Gewerbelapital einnehmen. Für die Jahre 1928 bis 1930 wurden für 13 356 Betriebe des Diversifizierungsgewerbes Einheitswerte festgestellt. Das rohe Vermögen dieser Betriebe beläuft sich auf 1 258 512 000 M., das sind übrigens 0,95 Proz. aller festgestellten Rohvermögenswerte. Es ergibt sich daraus pro Rohvermögen ein Durchschnittswert von 94 228 M. Für den ersten Hauptfeststellungszeitraum, also für die Jahre 1925 bis 1927, wurden Einheitswerte für 11 332 Unternehmungen ermittelt, deren Rohvermögen sich auf 812 214 000 M. stellte. Nun lassen sich die Ergebnisse der beiden Bewertungen nicht ohne weiteres miteinander vergleichen, da sich der Kreis der zur Einheitsbewertung herangezogenen Betriebe im Jahre 1928 nicht unerheblich erweitert hat. Allerdings haben

Daß derlei Versuche, wo sie auftreten, mit allen Mitteln unterbunden werden müssen, ist für jeden organisierten Kollegen und für jede organisierte Kollegin eine bare Selbstverständlichkeit. Wir hatten indes Gelegenheit, mit einigen tariffreien gewerblichen Unternehmern über derartige Vorkommnisse Rücksprache zu pflegen. Hierbei stellte sich überraschenderweise heraus, daß man zwar geneigt war, sich ausdrücklich von solchen Mißgeschäften zu distanzieren, im übrigen jedoch soviel Entschuldigungsgründe wirtschaftspolitischer Natur heranzog, daß von einer scharfen und klaren Mißbilligung durchaus nicht gesprochen werden konnte. Eine törichtere Stellungnahme ist kaum denkbar.

Uns' ist in einer größeren Provinzstadt eine mittlere Buchdruckerei bekannt, die namentlich auf dem Gebiet des Plakatdrucks den Kundenbestand der anderen, technisch weit überlegenen Betriebe fast vollständig verdrängt hat, und zwar von dem Zeitpunkt an, als es ihr gelang, das unorganisierte Personal mit kümmerlichen Bruchteilen der tariflichen Löhne abzuweisen. Wir erinnern uns recht gut an eine ganze Reihe von Aufforderungen verantwortlicher Betriebsleiter und Unternehmer, dafür zu sorgen, daß dem erwähnten Betrieb der unlautere Konkurrenzvorteil genommen werde, welchen Aufforderungen nach vieler Mühe im Interesse unserer organisierten Mitgliedschaft denn auch endlich entsprochen werden konnte. Nach diesen und anderen Erfahrungen sind wir allerdings der Meinung, daß das gewerbliche Unternehmertum als Gesamtheit herzlich wenig Ursache haben dürfte, zu den tariflichen Umgehungsverfuchen eine andere Haltung einzunehmen als die der unbedingten Ablehnung und Bekämpfung. Wir haben die tröstliche Gewißheit, daß nicht nur notfalls, sondern in jedem Falle unser gewerkschaftlicher Einfluß ausreicht, den Kampf gegen schädliche Ausbeuter der sozialen Not erfolgreich zu führen, den Kampf, der eigentlich das tariffreie Unternehmertum ohne Einschränkung an unserer Seite sehen müßte. S.

diese neuzuzukommenden Betriebe wohl durchweg nur geringen Umfang, denn sonst wären sie bereits bei der ersten Einheitsbewertung berücksichtigt worden. Nach Bornaahme einer entsprechenden Korrektur stellt sich das rohe Vermögen für den zweiten Feststellungszeitraum auf 1 221 382 000 M., so daß sich das im Diversifizierungsgewerbe arbeitende Kapital in einem Zeitraum von 3 Jahren um 50,38 Proz. erweitert hat.

Es ist zunächst zu untersuchen, ob diese Ausdehnung der Kapitalbasis mit eigenen Verdiensten der Industrie bewerkstelligt worden ist oder mit Hilfe von fremdem Geld. Im ersten Feststellungszeitraum hatten 5646 Betriebe fremde Mittel aufgenommen in Höhe von 189 364 000 M., d. h. auf 100 M. in der gesamten Industrie arbeitendes Kapital kamen 23,31 M. fremde Mittel. In den Jahren 1928 bis 1930 hatten 8844 Betriebe fremde Mittel zu verzeichnen in Höhe von 502 549 000 M., d. h. auf je 100 M. Gesamtkapital waren rund 40 M. fremdes Geld. Nach Bornaahme der zur Aufrechterhaltung der Vergleichsmöglichkeit nötigen Berichtigung ergibt sich, daß rund 50 Proz. mehr Betriebe in den Jahren 1928 bis 1930 Schulden hatten als von 1925 bis 1927.

Zum ersten Male sind die überschuldeten Betriebe von der Statistik ausgezählt worden. Im Diversifizierungsgewerbe wurden 388 überschuldete Betriebe festgestellt. Ihre Aufnahme in die Statistik erfolgte nur dann, wenn der Betriebsinhaber neben dem gewerblichen Vermögen an anderer Art Befähigung, so daß sich trotz des Minusbetrages in seinem gewerblichen Vermögen sein Gesamtvermögen noch von

Interesse für die Vermögensbesteuerung erwies. Im Durchschnitt kommt auf jeden dieser überschuldeten Betriebe ein Minusbetrag von 24 115 M. Dieser Durchschnitt liegt ziemlich hoch und begründet die Vermutung, daß nur die größeren Betriebe, bei denen die Schulden das Vermögen übersteigen, in der Statistik erscheinen, während wahrscheinlich eine größere Zahl kleiner Betriebe trotz der Überschuldung nicht erfaßt ist.

Betrachtet man das Anwachsen der Verschuldung und die Ausweitung des rohen Betriebsvermögens unter Zugrundelegung der zu Vergleichszwecken herangezogenen Zahlen, so ergibt sich eine Steigerung der Schulden um 226,5 Millionen und eine Steigerung des rohen Vermögens um 409,1 Millionen, so daß der Teil der Ausweitung des Rohvermögens, der nicht durch die Aufnahme fremder Mittel erklärt ist, sich auf 172,6 Millionen Mark beläuft. Somit ist das reine Vermögen der Betriebsinhaber, d. h. der Einheitswert von 1925 bis 1928 um rund 21 Proz., und zwar von 632,4 Millionen Mark auf 765,3 Millionen Mark gestiegen.

Bei der zweiten Einheitsbewertung fand eine neue Bewertung der Betriebsgrundstücke statt. Sie hat den Vorteil gehabt, daß diesmal die Grundstücke aus dem gesamten Rohvermögen statistisch ausgegliedert worden sind und man den Umfang kennenlernt, in dem das Rohvermögen im Vertriebsfertigungsgewerbe aus Grundstücken besteht. Auf 100 Betriebe des Gewerbes kamen 46 Betriebe mit eigenen Betriebsgrundstücken, deren Durchschnittswert sich auf 55 724 M. stellte. Insgesamt sind also 6169 Betriebe mit Grundstücken versehen, deren Gesamtwert (roh) sich auf 343,7 Millionen Mark stellt. Es sind somit 27,31 Proz. des festgestellten Rohvermögens in Grundstücken angelegt, die natürlich mit dem Betriebe in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen.

Am die bisher gewonnenen Ergebnisse kurz zusammenzufassen: Das rohe Vermögen des Vertriebsfertigungsgewerbes belief sich nach der zweiten Einheitsbewertung auf rund 1 1/2 Milliarden Mark. Von diesem investierten Kapital stellen nur eine halbe Milliarde fremde Mittel dar und 1/2 Milliarden Mark sind Eigenvermögen der Betriebsinhaber oder Einheitswerte. Der Einheitswert aller Betriebe zusammen hat sich um 20 Proz. gegenüber der ersten Einheitsbewertung erhöht, und das ist mehr, als sich die Einheitswerte aller gewerblichen Betriebe überhaupt in der gleichen Periode erhöht haben (14,38 Proz.).

Es sei nun zunächst eine Zusammenstellung der Einheitswerte für die wichtigsten Länder gegeben:

Länder	Rohvermögen:		Schulden:		Einheitswerte:	
	Zahl der Betriebe	Betrag	Zahl der Betriebe	Betrag	Betrag	Betrag
Preußen . . .	7400	728 937	4788	300 400	428 537	428 537
Bayern . . .	1300	132 797	915	58 053	74 744	74 744
Sachsen . . .	1715	159 395	971	54 672	104 723	104 723
Württemberg	576	57 659	437	24 180	33 479	33 479
Rheinland . . .	542	39 129	445	15 854	23 275	23 275
Thüringen . .	377	29 536	299	11 114	18 422	18 422

Untersucht man das Verhältnis von fremden Mitteln zu eigenen Mitteln, so findet man für Bayern 43,70 M. fremde Mittel auf 100 M. Rohvermögen, für Württemberg 41,90 M., für Preußen 41,20 M. und für Baden 40,50 M. Unter dem Reichsdurchschnitt liegen die fremden Mittel in Sachsen mit 34,30 M. und in Thüringen mit 37,50 M.

In den Großstädten, in denen sich ja das Vertriebsfertigungsgewerbe hauptsächlich konzentriert, sind die Schwantungen gegenüber dem Reichsdurchschnitt viel stärker. An der Spitze steht Köln mit fast 73 M. fremden Mitteln auf je 100 M. Rohvermögen. Es folgt Düsseldorf mit 55 M., München mit etwas über 50 M., Nürnberg mit 47,70 M., Hannover mit 45,70 M. In Berlin sind 41 Proz. des Rohvermögens fremdes Geld. Die Veränderungen des Rohvermögens, die den Grad der Investition angeben, sind zwischen den beiden Stichpunkten teilweise sehr stark. Am stärksten ist die Ausweitung in München, wo in den Jahren 1925 bis 1927 22,2 Millionen im Vertriebsfertigungsgewerbe investiert waren und im Jahre 1928 bis 1930 58,6 Millionen.

Der Nettowachstums beträgt also 36,4 Millionen Mark. Die Verschuldung ist zwischen dem ersten und zweiten Feststellungstermin um 24 Millionen Mark gestiegen, hat sich jedoch als gerechtfertigt erwiesen, denn das Reinvermögen der Betriebsinhaber, also der Einheitswert, ist um 12 Millionen gestiegen. Es gibt eine ganze Reihe von Städten, in denen die Investition, gemessen über das Betriebsvermögen, von 1925 bis 1927 sich verdoppelt hat. Das ist der Fall bei Bremen, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hannover. In Essen stieg das rohe Betriebsvermögen des Vertriebsfertigungsgewerbes ungewöhnlich stark von 2 353 000 M. auf fast 19 Millionen Mark. In Leipzig stellte sich der Einheitswert des Vertriebsfertigungsgewerbes in den Jahren 1925 bis 1927 auf 48,4 Millionen Mark und in den Jahren 1928 bis 1930 auf 52,5 Millionen Mark. Das

Rohvermögen hat sich von rund 58 Millionen Mark auf 81 Millionen Mark ausgedehnt. Die Ausdehnung der Betriebe erfolgte also in der Hauptsache mit fremdem Kapital. In Berlin belief sich das Rohvermögen für den ersten Feststellungszeitraum auf 171 Millionen Mark und nach der letzten Erhebung auf etwa 300 Millionen Mark. Zur gleichen Zeit haben sich die Schulden von 42,5 Millionen Mark auf 123 Millionen Mark erhöht. Der Einheitswert ist also um 44,5 Millionen Mark gestiegen.

Abschließend kann zu diesen Ergebnissen der Einheitsbewertung im Vertriebsfertigungsgewerbe von einer recht günstigen Entwicklung der Betriebe gesprochen werden; die Betriebsinhaber haben glänzende Geschäfte gemacht.

„Erneute Lohnsenkungen bedauerlich“

Die Deutsche Bank-Diskont-Gesellschaft kommt in ihrem neuesten Wirtschaftsbericht auch auf die Verbilligung der Produktionskosten zu sprechen. Aber Löhne und Preise wird folgendes ausgeführt:

„Eine erneute Senkung von Löhnen und Gehältern ist nach den in dieser Richtung schon erfolgten Schritten bedauerlich für den einzelnen wie für die Gesamtwirtschaft. Soll der Ausfall von Kaufkraft nicht noch stärker auf die Binnenkonjunktur drücken, so muß ein Ausgleich durch Preisstellungen erfolgen, der die alte Reallohnhöhe wiederherstellt. Dabei sollte möglichst viel dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden und möglichst wenig durch staatliche Eingriffe zu erzwingen versucht werden. Wir brauchen in Deutschland eine weitgehende Rückkehr zur freien Marktwirtschaft, die dafür sorgt, daß das Gesetz von Angebot und Nachfrage in der Preisbildung wieder mehr zu seinem Recht kommt. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß bei unserer heutigen Wirtschaftslage dieses Gesetz ausreichende Preissteigerungen herbeiführen wird. In diesem Sinne wird man die Aufhebungen von Preisbindungen begrüßen können, die in den Leitgeden des Wirtschaftsbeirats verlangt wird.“

Diese hier vorgezeichnete Wirtschaftspolitik wird man im großen und ganzen billigen können. Wäre sie allen Unternehmern geläufig, so würde der Krisenablauf schneller erfolgen. Erneute Lohnsenkungen sind nicht nur bedauerlich, sondern im höchsten Grade schädlich.

Gemeinwirtschaftliche Betriebe in der Wirtschaftskrise

Als vor nunmehr elf Jahren die Bauhüttenbewegung ins Leben gerufen wurde, prophezeiten die privaten Bauunternehmer „der Untergang dieser Bewegung“ schon im ersten Jahre nach ihrem Entstehen, weil die Arbeiter nicht die Fähigkeiten zur Leitung und zur Aufrechterhaltung von Wirtschaftsbetrieben hätten.

Die Zeit hat das Gegenteil bewiesen. Die Bauhüttenbewegung hat im Jahre 1923 fest in der Krise gestanden, sie hat sich auch in der jetzt herrschenden schwersten Wirtschaftskrise, die Deutschland bisher getroffen hat, behauptet, in dieser Zeit verhängnisvollster Erschütterung, in der die Privatwirtschaft gezeigt hat, daß von einer Wirtschaftsordnung keine Rede mehr sein kann, in der die Wirtschaftsführer verpagten und alle Führereigenschaften vermischen ließen.

Während eine verfehlte Rationalisierung die Arbeiterschaft schädigt, bringt die Schaffung einer echten Wirtschaftsordnung dem Arbeiter Nutzen.

Die wirtschaftliche Betriebsführung des Verbandes sozialer Baubetriebe hat die 130 dem Verbands angehörenden Betriebe stark gemacht. Sie konnten sich im Wettbewerb behaupten und bei einem Umsatz von 120,24 Millionen Reichsmark und einer Gesamtlohnsumme von 42,11 Millionen Reichsmark im Jahresdurchschnitt 15 756 Arbeitern und Angestellten Beschäftigung gewährleisten.

Die Aufwands- und Ertragsrechnung des Verbandes sozialer Baubetriebe für das Geschäftsjahr 1930/1931 weist einen Gesamtumsatz von 1,34 Millionen Reichsmark aus, von dem nach Abzug aller Unkosten, Abschreibungen und Rückstellungen ein Reinertrag von 195 631,21 Reichsmark verbleibt.

Das Leben unter der SA-Diktatur

Die bei heißesten Nationalsozialisten beschlagnahmen Dokumente haben sehr deutlich gezeigt, wie die Nazis alles zur Machübernahme organisiert haben. Die auf der Völkischer Zusammenkunft beschlossenen Richtlinien für die ersten Notverordnungen nach der Machübernahme lassen in erschreckender Weise einen Einblick zu, was das Volk bei einer Rechtsdiktatur zu erwarten hätte. Die Greuel der russischen Tscheka verfallen gegenüber diesen Notverordnungen. Auch der geringste Widerstand oder die Nichtbefolgung einer Anordnung soll mit dem Tode bestraft werden.

Wie zahlreich waren dagegen die Arbeiter- und Soldatenräte 1918, und wie zuvorkommend sind sie demgegenüber mit der Bevölkerung umgegangen. Die Richtlinien sehen nicht nur die Übernahme der politischen Macht vor, sie regeln auch im einzelnen die Produktion,

die Ernährung usw. Nach Übernahme der Macht sollen alle Lebensmittel unentgeltlich beschlagnahmt werden. Jeder Verkauf oder Tausch von Lebensmitteln ist verboten. Die Volksernährung soll erfolgen: 1. durch Kollektivspeisung und 2. durch Zuteilung von Lebensmitteln, die nur gegen Karten abzugeben sind. Als Nahrungsmittel kommen nach der Verordnung in Frage: Brot, Kartoffeln, Fleisch, Butter, Erbsen und Bohnen. Als Tagesration für einen erwachsenen und arbeitenden Menschen ist festgelegt worden: 1 Pfund Brot, 2 Pfund Kartoffeln, 1/2 Pfund Fleisch und 100 Gramm Butter oder Fett. Für 100 Personen wurden errechnet: 1 Zentner Brot, 2 Zentner Kartoffeln, 10 Kilogramm Butter, 25 Kilogramm Fleisch oder Wurst, 25 Kilogramm Bohnen und Erbsen. Solche Zuteilungen unterschreiten noch die Hungerrationen, mit denen das deutsche Volk im Krieg und in der Inflation auskommen mußte. Wenn man daneben noch berücksichtigt, daß nach der „nationalen Arbeitsdienstpflicht“ jeder Deutsche männlichen und weiblichen Geschlechts vom 16. Lebensjahr ab zur Zwangsarbeit verpflichtet sein soll, so kann man sich ungefähr einen Begriff machen, wie sich das Leben im Zukunftsstaat der Nazis abwickeln wird.

Das Wachstum der Nazibewegung beweist, daß die Propheten einer solchen Hungerdiktatur noch Anhänger finden. Die SA-Diktatur wäre der Untergang jeder Freiheit. Es wäre ein Höllenandsein von den gefannter Grausamkeit. Deshalb schärfster Kampf gegen diese Volksverderber.

Der Suppentopf

Ein klassisches Beispiel von edler Nächstenliebe gab in der vergangenen Woche der Herr Direktor Albert von der Steindruckerei und Faltschachtelfabrik Wegel & Naumann in Mülfors. Dieser Herr lebt stets in größter Sorge um das Wohlergehen seiner lieben Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und bleibt stets bemüht — falls es ihm nicht gelingt, seine Mitmenschen von der brüden Last der „abelnden“ Arbeit zu befreien —, daß ihnen der riesige Inzalt der Lohnlöhne erleichtert wird. Jetzt stellt er sich auch in den Dienst der „natürlichen“ gänzlich unpolitischen Stahlhelmpropaganda. Diese Organisation hat nämlich zu ihrem Mitgliedsbeitrag eine Suppentische eingerichtet, in der alle, „unbeschadet“ der Parteizugehörigkeit und Konfession, in dem kommenden schweren Winter einen Teller Bohnensuppe zubereitet von den „Damen“ des „Rüstlings-Küchen-Bundes“ zum „Selbstkostenpreis“ schlucken dürfen, nachdem auf Grund des „sozialen Verständnis“ der Unternehmer das Einkommen der Arbeiter so geschmälert wurde, daß es fast ausschließlich nur noch zum „Frah aus der Hand“ reicht. Herr Albert macht in seinem Betriebe an möglichst sichtbarer Stelle den Aufzug des Stahlhelms durch Anschlag am Schwarzen Brett bekannt.

Nein, Herr Direktor, wir verzichten gütigst auf Almosen. Geben Sie uns, was wir zum Leben notwendig haben, dann sind Sie die qualende Sorge um den Stahlhelm und auch die Suppentische los, die wir ihnen und ihren getreuen Trabanten neidlos überlassen.

Auch ein Zeichen der Zeit

Durch die Presse ging kürzlich eine Notiz dieser Art: „Der Dampffischerieverein Unterwerse hat beschloffen, 25 Proz. der deutschen Hochseefischdampferflotte stillzulegen. Der für die jetzige Jahreszeit ungewöhnliche Beschluß ist auf die schlechten Erfolge der Fänge zurückzuführen, die nach den wenigen Wochen guter Konjunktur im Frühjahr in der letzten Zeit an der Tagesordnung sind. Gute Fänge aus mehrwöchigen Reisen brachten in den letzten Tagen höchstens 3000 bis 5000 M. in der Auktion, ein Erlös, der die Unkosten der Reise noch nicht einmal deckt. Dazu kam die starke Konkurrenz durch die ausländischen Fischdampfer und die direkten Zufuhren in Eisenbahn und Lastwagen aus Norwegen und Dänemark, die den norddeutschen und mitteldeutschen Markt aufsuchten. Auch der Sanbel ist nicht mehr in der Lage, die eingebrachten Fische aufzunehmen. In den letzten Tagen sind große Mengen früherer Seefische in den Auktionen fehlgeschlagen. In den letzten Jahren wurden etwa 20 Proz. der deutschen Fänge in Großbritannien gelandet. Der Pfund- und Kronensturz haben dazu geführt, daß jetzt England und vor allem die nordischen Staaten ihrerseits nach Deutschland Fische exportieren.“

Hieraus geht hervor, daß erstens in der Zeit der größten Fischfänge 25 Proz. der Fischdampfer stillgelegt werden, zweitens die Erfolge der Fänge äußerst gering waren und drittens die Länder mit entwerteter Währung in Deutschland trotz des eigenen Überschusses ihre Waren absetzen konnten. Während der gleichen Zeit konnten in Deutschland Winterdemittel von der guten Fischmahnung keinen Gebrauch machen, weil sie dazu nicht in der Lage waren. Die Wirtschaftskrise reißt nicht nur alle Dämme weg, sie enthilft auch den Widerstand der kapitalistischen Wirtschaft.

Rufsch

Zehn Episoden aus dem Roman „Ca ira!“ von Erich Krauß.
Copyright by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

VIII. Siebzehn Portionen und eine Leiche.

Die Stimme im Apparat wurde plötzlich lauter: „Ich befehle dir, laß sofort das Feuer einstellen.“ „Bruno, du kannst nicht bald mal — — — Also geh raus, Grimm, wenn das unsere Leute sind, dann sollen sie aufhören zu feuern — — — Hörst du noch? Hallo? Seht bleibe ich erst recht. Sie haben einen von unseren Leuten erschossen. Das ganze verdammte Nest stelle ich auf den Kopf.“ Und ich warf den Hörer hin.

Drei Mann hoben den starren Körper des Getroffenen auf. Ich lief in die Post zurück:

„Rufen Sie einen Arzt an, bestellen Sie ihn ins Rathaus!“ Mit entsetztem Gewehr tappten wir durch die Nacht zum Haus des Bürgermeisters.

Ein Klopfzeichen öffnete uns die Tür. Ein kleiner dicker Mann ging uns voran in das erleuchtete Zimmer. Seine Frau und ein etwa zehnjähriges Kind blühten auf uns mit dem Ausdruck höchster Angst. Der Tierbändiger schloß die Tür nach dem Nebenraum und stellte sich dann an die Türe nach der Treppe.

Ich nahm mein Gewehr gemächlich zwischen die Knie und richtete an den Tisch:

„Geben Sie mir die Liste der Einwohnerwehr, oder nennen Sie die Namen.“

Der Dicke zog seinen fahlen Kopf zwischen die hochgehobenen Schultern. In den farblosen Augen standen eine Sekunde lang Niederracht und Furcht:

„Einwohnerwehr?“

„Meinetwegen mag sie heißen, wie sie will. Nennen Sie die Besitzer der Schußwaffen. Aber ein bißchen dalli. Ich habe keine Zeit, mit Ihnen zu spielen.“

„Bitte, ich möchte erst einmal den Gendarm fragen.“

Mein Geduld wog kein Gramm mehr. Gepöter auf der Treppe ließ uns aufhorchen. Einer von den Stoßtruppleuten kam und meldete, der Arzt hätte festgestellt, daß unser Mann nun zwei Schüssen aus einem Jagdgewehr getroffen worden ist. Tödtlich! Ich ergriff mein Gewehr, sprang auf und legte eine Hand auf die Schulter des Bürgermeisters:

„Kommen Sie mit. Zu Ihrer Verabreichung dürfen Sie den Gendarm und den Schutzmänn einladen, Ihnen Gesellschaft zu leisten.“

„Verhaftet? ... Meine Frau...“

„Sie dürfen alle Stunden einmal Ihre Frau anrufen.“

Der Tierbändiger reichte dem Bürgermeister den Hut vom Hut, und wir gingen.

Auf einer großen Tafel in der Kathausgaststube lag der Tote: der Mann aus dem Nachbarort, der mit uns gefahren war. Der Oberkörper war entblößt, eine fürchterliche Schrot- schußwunde sah wie ein dunkler Fled auf der linken Brust. Auch der linke Unterarm trug ein großes Wundmal. Die Lippen des Toten standen offen. Aus der blauen Haut sproßten die Bartstoppeln.

Der Arzt hockte auf einem schwarzen Nachstuhl hinter dem kleinen Statist und starrte auf eine lächerliche Bronze- figur mit einer Stammlinienfahne. Ich begriffte ihn kaum, und er berichtete von seiner Untersuchung. Der Mann war tot: kriegstot! „Warten! Ein Schuß aus einem modernen Jagdgewehr, aus „Hemlock“ oder „abgefeuerter“, hatte die Herzgegend getroffen und sofort tödlich gewirkt. Ein zweiter Schuß hatte den Unterarm zerstört...“

Inzwischen hatte der Ratseisler mit dem Schutzmänn und dem Gendarm aufgehört. Sie bauten sich stramm vor ihrem Bürgermeister auf und machten Männchen.

Ich rief die drei Amtspersonen heran:

„Der Herr Doktor ist jetzt so freundlich, das Ergebnis seiner Untersuchung schriftlich zu formulieren. Und Sie drei bezeugen mir mit Ihrer Unterschrift, daß dieses Schriftstück ohne Zwangsmaßnahmen ausgefertigt wurde. Ich habe keine Lust, mir nachreden zu lassen, daß ich die ärztliche Erklärung mit der Pistole in der Faust erzwungen hätte.“

Es war sehr gut, daß ich an diese doppelte Versicherung dachte. Ich konnte sie noch oft brauchen.

In der Nacht war nicht viel zu machen. Die Liste der Einwohnerwehr bekam wir. Der Gendarm nannte die Namen. Von einem Maschinengewehr wollte keiner etwas wissen.

Die Stoßtruppleute holten einige Anwohner des Marktes aus den Betten und ließen sich ein anständiges Abendbrot herauslangen. Eine schlaflose Nacht forderte eben ihren Ausgleich. Da wir jetzt auch Verstärkung bekommen hatten — vier Mitglieder der örtlichen Parteigruppe erschienen, legitimierten sich und wollten mit Posten stehen —, konnte der Tierbändiger Tischleinbedeck spielen.

Ich hatte einen Maschinengewehrposten abgelöst, damit er tafeln konnte. Als ich wieder ins Lokal trat, sah ich — und nie werde ich diesen Anblick vergessen — den großen Tisch in der Mitte der Gaststube mit sieben Gebenden belegt. ... Teller mit Gabel und Messer, mit Brot, Würst und Schinken und Bier dazu — und in der Mitte der Tafel lag der Tote mit dem entblößten und blutigen Oberkörper. Die Stoßtruppleute saßen an dieser Tafel und aßen laut und mit vollem Haken.

Jede Nacht geht einmal vorüber. Als das Grau des Morgens heller wurde, schickte ich den Schutzmänn mit einer Handkoffer und mit einem bewaffneten Begleiter hinaus, damit er an allen Ecken die folgende, vom Bürgermeister eigenhändig unterschriebene, frohe Botschaft laut und von lustigem Klingkling eingeleitet, vorlese:

„Alle Waffen, auch Jagdgewehre, sind bis heute früh 8 Uhr im Rathaus abzuliefern. Das Haus, in dem nach acht Uhr noch Waffen gefunden werden, wird eingekerkert, der Besitzer erschossen.“

Damit die Aufforderung, die natürlich nur Theater war, den gehörigen Nachdruck bekam und weil das gähnende und übermächtige Fröheln des Stoßtrupps Bewegung verlangte, zogen wir in voller Kriegsbemalung durch den verduht aufwachenden Ort. Nach einer Stunde begann die Ablieferung der Waffen.

Manche waren so feig, ein Kind zu schicken. Die Kleinen konnten das Gewehr kaum tragen. Mit unwillkürlichen Wackeln reichten sie uns das Schießblei. Zu einigen Gewehren fehlten die Schließer. Es genügte, wenn ein Bewaffneter den Überbringer heimbegleitete und das Stild verlangte.

Gegen acht Uhr hatten wir ziemlich zwei Dutzend Gewehre, Karabiner, Jagdflinten und die dazugehörige Munition auf unseren Wagen geladen.

Ob es noch nötig war, Hausdurchsuchungen zu machen?

Wir kamen nicht dazu. Laut hupend fuhr ein flotter Sechshöher über den Platz. Neben dem Chauffeur saß ein Arbeiter mit einem Karabiner, und aus dem Wagen krieg Minister Meinerling. Er kreuzte die Arme über der Brust und machte ein Scharf- richtergerächel:

„Das sind ja schöne Sachen! Sogar einen Toten habt ihr auf dem Gewissen!“

Meinerling war geborener Gernsbacher, und ich nahm ihm nicht übel, daß er sich um sein Raff kümmerte, obwohl er vorher dazu mehr Anlaß und Gelegenheit gehabt hätte. „Erlaube, Genosse... Auf unserem Gewissen haben wir den Toten nicht.“

Ich hielt ihm den Schein mit der Erklärung des Arztes und den Unterschriften der Zeugen vor die Nase.

Er zückte einen Klemmer und las lange. Arzte schreiben ja nicht besonders leserlich, und wir hatten Zeit. Wenn ein Minister seiner Privatjungen wegen hierherfahren kann, dann darf es bei uns nicht auf eine Stunde ankommen.

Der Scharfrichter setzte seinen Kneifer ab:

„Wie hast du dir das verschafft?“

Das Blut floß mir ins Gesicht. Vielleicht war auch eine Portion Galle dabei. Ich brüllte: „Aufpassen!“ und schwang mich selbst auf den Wagen zu den Maschinengewehren, den erbeuteten Waffen und zu den fluchend ausstreichenden Stoßtruppleuten. Der Chauffeur riß den Motor an.

158 Stunden auf der Todeschautel

(Schluß)

Als es hell wurde, merkten wir, daß der rechte Flügel unserer Maschine stark beschädigt war. Der linke brach bereits am Vorabend kurz nach der Notlandung. Unser ganzer Proviant bestand aus einem Fäßchen Töbler-Schokolade, alles übrige war beim Niedergang in Verlust geraten. Zum Trinken hatten wir neun Liter destilliertes Wasser, das eigentlich für den Kühler bestimmt war.

Es herrschte ein ziemlich harter Geegang. Fünf, sechs Meter hohe Wellen schaukelten uns erst in solches Flugzeug nach Belieben. Trotz der mißlichen Lage waren wir an diesem ersten Tage voller Zuversicht. Die Küste war nach unseren Berechnungen, die, wie es sich später herausstellte, auch stimmten, nur wenige hundert Kilometer entfernt. Wir lagen im Kurs der Dampfer, die zwischen Halifax und den Azoren verkehrten. Der elektromagnetische Kompaß hatte zwar bereits zum Beginn unserer Reise verlagert, trotzdem war uns mit Hilfe der beiden gewöhnlichen Kompaße ge- lungen, den vorgeschriebenen Kurs einzuhalten.

Wir besprachen die Fehler, die wir bei der Vorbereitung und Ausführung des Fluges begangen hatten. Es rächte sich jetzt bitter, daß die Maschine keine Radioanlage besaß. Unsere einzige Befürchtung in diesem Augenblick war aber, das Flugzeug werde nach Ablauf der von Zuckers garan- tierten zwanzig Stunden zu sinken beginnen. Doch die zweite Nacht verging, und unser Bratd schwanm noch.

Auch der folgende Tag war düster und grau, und immer wieder fiel ein eiskalter, nadelbühner Regen. Jähne- lappend laurten wir auf unseren Plätzen, die Füße hatten wir in Schlingen gefestigt, um sie so vor dem Wasser zu schützen, das die Kabine beinahe in Meterhöhe bedeckte. Natürlich lugten wir häufig hinaus, in der getriebenen Hoff- ung, das rettende Schiff endlich zu erblicken. Aber trotz des ausgezeichneten Fernglasses zeigte die Sicht kaum über zwei Kilometer hinaus, und außer den schäumenden, schmutzgrünen Wellen war nichts zu erspähen.

Manchmal wurden wir ganz unerwartet für lange Augen- blicke von einer bohrenden Angst erfaßt. Wir sahen das Flugzeugwack bereits von den Wellen gerdrückt und in die Tiefe gezogen. Wie gefangene Mäuse mußten wir dann er- trinken.

Ich besaß einen kleinen Revolver, mit ihm wollte ich mich erheben. Aber erst, wenn dem Wellentode nicht zu ent- rinnen war. Rody wieder erklärte, er werde sich vorher mit seinem Taschenmesser die Pulsader öffnen. Johannsen meinte trocken: „Kinder, ihr seid verückt. Warum euch solviel Mühe geben. Falls wir sterben müssen, ich werde, was meine Person anbelangt, ruhig erlaufen.“ Und er spie ins Wasser.

Der dritte Tag brachte Sonne. Ich kleidete mich bis auf den nackten Körper aus und legte meine Sachen zum Trocknen. Mit dem Wetter änderte sich auch unsere Stim- mung. Der Optimismus hatte wieder Oberhand gewonnen. Das Flugzeug war noch immer feststehend, und die Rettung mußte bald nahe. Wahrscheinlich luden uns schon Schiffe und Aeroplane, und es war nur eine Frage von Stunden, daß sie uns fanden.

Johannsen litt stark unter Hunger, und wir alle hatten Durst. Einen qualvollen, furchtbar peinigenen Durst. Jeder konnte täglich nur zwei Bißchen Schokolade essen, und zum Trinken gab es bloß einige Schuß Wasser.

Wenn es regnete, sahen wir mit aufgeschreckten Mäulern in der Kabine und trachteten, das Wasser, das an den Wänden entlang rann, aufzufangen.

Des Nachts aber erwarteten wir oft aus wirren Schreckens- träumen mit ausgedorrter Kehle und hatten das Empfinden, das Flugzeug sinke.

Am nächsten Tage war die Sonne nicht mehr zu erblicken, und ich fühlte im linken Knie heftige Schmerzen. Ich hatte es bei unserer Notlandung verwundet, aber der Verletzung bisher keine Beachtung geschenkt. Jetzt eiterte die Wunde bereits stark. Ich schnitt das Festschneid aus und verlugte mit meinem Messer den Eiterherd zu entfernen. Es war eine etwas primitive und nicht eben ästhetische Behandlung.

Der fünfte Tag kam, und das Flugzeug schwanm noch immer. Wir erzählten uns von unseren Angehörigen und Freunden; sie hielten uns wahrscheinlich bereits für ver- loren. Wir jedoch lebten. Aber wie lange noch? fragten wir uns.

Der Durst bereitete höllische Qualen. Wir versuchten, mit kleinen Wattebauscheln den Niederflur von den Kabinen- wänden aufzufangen und lutschten dann verzweifelt an der nassen Watte.

In der Nacht hatte ich hohes Fieber. Ich delirierte. Ich sah einen Freund mit dem rettenden Schiff nahe. Er kam näher und näher und konnte uns trotzdem nicht erreichen. Laut schrie ich auf und rief nach ihm. Die beruhigende Stimme von Johannsen antwortete.

Am Morgen des sechsten Tages erklärte ich, als ich mich aus dem Fenster beugte, ein Schiff. Ich dachte zu halluzi- nieren. Aber nein, auch meine beiden Kameraden sahen deut- lich den Dampfer. Nur wenige Kilometer entfernt fuhr er.

Von neuen Kräften erfüllt und wie elektrifiziert sprangen wir auf. Johannsen wurde von Rody und mir an den Beinen festgehalten, während er sich mit dem Oberkörper aus dem Flugzeug stemmte. Wir hatten an einem langen Rohre eine kleine Fahne befestigt, mit ihr wintete er verzweifelt. Allmählich wurden seine Bewegungen langamer — und das fremde Schiff immer kleiner. Es war weiter ge- fahren, ohne uns zu bemerken.

Am diesem Tage sprachen wir kein Wort mehr. Apathisch lagen wir auf unseren Plätzen.

Die folgende Nacht war die schlimmste. Meine Knie war bereits ganz schwarz und gefühllos, und das Fieber stieg immer höher. Der Durst brachte mich dem Zerrinn nahe. In meinen Fieberphantasien sah ich riesige Krüge mit herrlicher Zitronenlimonade. Griff ich nach ihnen, verwandelten sie sich jäh in nichts. Dann schwand meine Sinne.

Als ich erwachte, war bereits Morgen. Ich fühlte mich äußerst matt und hatte den Wunsch, es wäre schon alles vorbei. Mir verzehrten das allerletzte Rippchen Schokolade, und Johannsen ging, um die restlichen Tropfen Wasser aus dem Kühler zu holen. Und plötzlich hörte ich die Stimme Rodys: „Ein Schiff! Ein Schiff!“

Da prang ich auf, fühlte kein verletztes Bein mehr, beugte mich aus dem Flugzeugraum und wintete und wintete. Ich wintete noch mit meiner Fahne, als die „Belmoira“ längst neben unserem Bratd hand und eine Treppe hinunterließ, auf der wir hinaufspazierten konnten. Sinaus ins herrliche wiedergefundene Leben.

Aus den Sahlstellen

Berlin. Zu einer gewaltigen Kundgebung hatten sich am Sonntag, dem 6. Dezember, die graphischen Hilfsarbeiter eingefunden, um zu dem Schiedspruch im Buchdruckgewerbe und der Bierzigstundenvoche Stellung zu nehmen. Das Berliner Kongresshaus, einer der größten Säle Berlins, konnte kaum alle Teilnehmer fassen, die zu Tausenden gekommen waren, das Refektor des zweiten Verbandsoffizierenden, Kollegen Ernst Hornke, anzuhören. Die große Laut- sprecheranlage machte die Worte des Redners bis in die entferntesten Winkel des riesigen Saales gut vernehmbar. Kollege Hornke beschränkte sich in seinen Ausführungen nicht nur auf eine Schilderung der Verhandlungen über die von den Unternehmern beantragte Lohnsenkung im Buchdruck- gewerbe, er ging auch näher ein auf die Ursachen, die zu der furchtbaren Wirtschaftskrise geführt haben, und auf die Gegenmaßnahmen in der Auffassung von Arbeiter und Unternehmer zur Hebung und Beseitigung der sozialen Not. Der Standpunkt der Unternehmer, die Lohnkosten zu senken und nur diese, um so eine Preisherabsetzung zu erreichen und dadurch die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, ist schon darum falsch, weil er eine Schwächung der Kaufkraft zur Folge hat, die nach unserer Ansicht gefäkr werden muß, soll die Wirtschaft nicht vollständig zum Erliegen kommen. Aber alles das sind Nebensächlichkeiten, die jedem Gewerkschaf- ler geläufig sind und nur den Unternehmern nicht einleuch- ten, die trotz der schärfsten Erfahrungen mit ihrer Töse — trotz Lohnsenkung ist es weiter bergab gegangen — an ihrem Grundblau festhalten. Bei dem Bericht über die Ver- handlungen zur Verfüzung der Arbeitszeit im Bervielfäl- tigungsgewerbe wurden manchem Teilnehmer der Veramm- lung die Augen geöffnet über die wahren Absichten der Unternehmer, die selbst mit der Einführung der Bierzig- stundenvoche noch ein gutes Gesicht machen wollen. Sehr interessant waren die Darlegungen des Redners über den gemeinsamen Kampf der Gewerkschaften gegen die von den Unternehmern geplante Verhandlung, „Auflockerung“ der Tarifverträge, und die Haltung der drei Gewerkschafts- vertreter im Wirtschaftsbeirat gegen die dort offen zum Aus- druck gekommenen Forderungen der Unternehmer. Unsere Lohnverhandlungen standen naturgemäß unter dem Ein- druck dieser Beratungen und ihrer Auswirkung, die durch die in Aussicht genommene neue Notverordnung der Re- gierung für die Arbeiterzeit bald „fählbar“ werden wird. Ein anderer Ausgang als die Verlängerung des be- stehenden Lohns konnte nach Lage der Dinge gar nicht erwartet werden, und trotzdem die unverständliche und ungerechte Entscheidung der Schlichter, der allerdings die Verbindlichkeitserklärung des Reichsarbeitsministers nicht ge- folgt ist. Der Kampf um den Lohn ist nun in ein neues Stadium getreten und fordert verständiges und disziplinier- tes Verhalten und Vorgehen der Berufsangehörigen in den Betrieben. Den Unternehmern sind jedoch Bundesgenossen anderer Art entstanden; sie haben sich eine Prätorienar- truppe gegest, auf die sie sich bei den Auseinandersetzun- gen mit der organisierten Arbeiterschaft stützen wollen. Die Nationalsozialisten sind ihre Stütztruppe, mit der sie die Organisationen der Arbeiter zu zerstören hoffen. Die Un- ternehmer werden sich auch diesmal verrechnen, der kom- mende Entscheidungsschritt stellt die Arbeiter in den Gewerkschaften zu einer geschlossenen Front vereint. Die Ausprüche nach der Rede des Verbandsoffizierenden war zum Teil recht interessant. Drei Kollegen vertraten tem- peramentvoll den Standpunkt des Redners, besonders ein Vertreter der Erwerbslosen fand treffende und deutliche Worte der Kennzeichnung bekannter Schreißer und Helfer- wister, die allerdings auch bei den Erwerbslosen keinen Anklang mehr mit ihren Tiraden finden. Dafür brachten zwei andere Kollegen, die da glaubten, reden zu müssen, den Beweis, daß sie vollständig durcheinander sind und ihnen die Ausführungen des Redners ein Buch mit sieben Siegeln sind. Der eine freute sich, wieder etwas von reformistischen Führern zu sehen und von Verhandlungsgewerkschaften, auch die Ausführungen in der „Solidarität“ hatten es ihm angetan, weil er sie nicht versteht; der andere war sehr für Kampf und nannte die gewerkschaftlichen Bestrebungen zur Einheitsfront gegen die Unternehmer einen Einigungs- quatsch. Kollege Hornke, der in seinem Schlusswort eine sehr deutliche Sprache rebete, gab unter dem Beifall der Versammlung eine gebührende Kennzeichnung der sogenann- ten Gewerkschaftsfreunde und ihrer Drahtzieher, denen der vorläufige Ausgang der Bewegung aufsehener recht un- angenehm war und die in dieser gewaltigen Kundgebung zahlnehmlich fast verschwanden. Gegen ein Dutzend Stimmen vieler Wirtsdöpfe kam dann nachstehende Entschliezung zur Annahme: „Die Versammelten sind entkräft über das Ver- halten der Unternehmer sowie des Zentralisierungsamtes und fordern vom Reichsarbeitsminister, daß er dem vor- liegenden Schiedspruch seine Zustimmung verlagert und ihn nicht für verbindlich erklärt. Darüber hinaus erwarten die Berliner graphischen Hilfsarbeiter, daß bei der in nächst

Ausficht stehenden Notverordnung auf keinen Fall das bestehende Tarifrecht angefaßt wird. Vom Verbandsvorstand und von unseren übrigen Verbändlern wird erwartet, daß sie diese Forderungen mit allem Nachdruck und mit allen zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln weiter verteidigen. Die Verammelten geloben erneut, treu zur Organisation zu halten und mit allen Mitteln für die Einigkeit innerhalb der Mitgliedschaft zu wirken, um so allen eintretenden Situationen eine geschlossene Front entgegenstellen zu können."

Vielefeld. Kaisererkonferenz des Gau 9 Hannover. Die stets nach dem Verbandstag stattfindende Kaisererkonferenz unseres Gau 9 fand am Sonntag, dem 29. November, im Gewerkschaftshaus statt. Anwesend waren 23 Delegierte und 4 Vertreter des Gauvorstandes, die schon am Sonnabend erschienen waren, um an der stattfindenden Jubilärfest teilzunehmen. 2 Kolleginnen und 5 Kollegen waren es, die in diesem Jahr aus der 23jährige Verbandzugehörigkeit zurückblieben konnten. Der Feier des Tages entsprechend wurde der Saal festlich dekoriert. Auf der Treppe zwischen Korbbäumen und Blumen leuchtete das Bild unserer unvergesslichen Paula Tiede, die Blüthe Gutenbergs und unser Monument, "Wir helfen zu Farbe und Form". Nach einigen stimmungsvollen Vorträgen. Die Festansprache hielt Kollege Spartzahl, welcher in kurzen Worten die Tüchtigkeit der Jubilare zur Organisation schilderte und ihnen als Dank das vom Hauptvorstand gestiftete Diplom und einen Blumenstrauß überreichte. Namens der Delegierten übermittelte Kollege Spaltzoff, Vielefeld, die herzlichsten Glückwünsche. Bewegten Hergens dankte Kollege Wiegand für die Jubilare und sagte seine Wünsche in ein dreifaches Hoch auf die Organisation zusammen. Für die Tagung am Sonntag war folgende Tagesordnung vorgesehen: Bericht von der Bundesversammlung, die Neueinführung des Statuts sowie Beitrags- und Unterhaltungsfrage nach den Beschlüssen des Verbandstages, Bericht des Einleitenden Kollege Spartzahl, daß vom Hauptvorstand wegen der schwebenden Tarifverhandlungen kein Vertreter erscheinen könne, Kollege Spaltzoff aber den zweiten Punkt der Tagesordnung behandeln werde. Als Teilnehmer an dem von unserer Organisation veranstalteten Kursus an der Bundesfakultät Bernau gab Kollege Keffemeier, Detmold, einen ausführlichen Bericht und brachte das dort Gesehene, Gehörte und Gelernte zur Kenntnis. Dann wurde in die Durchberatung der vom Verbandstag in Stuttgart beschlossenen Statuten eingetreten. Kollege Spaltzoff, welcher jeden Paragraphen einzeln durchging, erläuterte manche Bestimmung und machte besonders auf die Neuerungen des Statuts aufmerksam. Die Paragraphen 6, 7 und 8, welche wohl schon manchem Kaiserer Kopfweh verursacht haben, wurden in Form einer sogenannten Arbeitsgemeinschaft behandelt. Sollen sich die diese Abung dazu beigetragen, gewisse Unklarheiten über diese Paragraphen zu beseitigen. Gauleiter Kollege Spartzahl machte besonders auf genaue Ausfüllung des Aufnahmefeldes und anderes aufmerksam. Die Fragestellungen seitens der Delegierten während der ganzen Tagung bewies, daß der Zweck dieser Konferenz voll und ganz erfüllt ist. Unklarheiten sind beseitigt, vertehrte Auslegung einzelner Paragraphen beseitigt.

Breslau. Mitgliederversammlung am 2. Dezember. Die hiesige Kollegenchaft nahm Stellung zu dem Schiedspruch, welcher wiederum ab 1. Dezember 1931 einen 5/2-prozentigen Lohnabbau diktiert. Der Vorsitzende Kollege Wainitz berichtete über die ganze industrielle Lohnabbauwelle Deutschlands. Schon im Februar d. J. erfolgte in unserem graphischen Gewerbe ein Lohnraub von 6 Proz. Eine teilweise Preislenkung steht in keinem Verhältnis zu dem enorm gestiegenen Aufwand, welche dem noch in Arbeit stehenden Arbeiter aufgebürdet sind. Eine fast unerträgliche Steuerlast, welche die breite Masse erdrückt, dazu die wahnwitzig hohen Mieten. Hier wird es höchste Zeit, daß die Gewerkschaften geschlossen mit der Arbeiterkraft Einheit gebieten. Unser Gauleiter Kollege Reinhold gab einen Einblick in den Verlauf der Lohnverhandlungen. Die versammelte Kollegenchaft faßte einstimmig folgende Resolution: Die heute hier versammelten graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen der Zahlstelle Breslau erheben schärfsten Protest gegen jeden weiteren Lohnabbau, lehnen den gefällten Schiedspruch ab und fordern unbedingt die Beibehaltung des bisherigen Lohnes.

Essen. Versammlung am 29. November 1931. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung durch den Vorsitzenden Kollegen Zinke konnten wir einen Kollegen ehren, der 25 Jahre lang unserer Organisation die Treue bewahrt hat. Dieser Jubilare, unser Kollege Joseph König hat stets am Verbandsleben wie am Geheiß unseres Verbandes reges Interesse betundet. Wenn es galt, für die Organisation einzutreten, sei es durch Werden oder andere Arbeiten, stets war er dabei. So konnte der Vorsitzende den Jubilare im Namen der ganzen Mitgliedschaft herzlich beglückwünschen und zum Zeichen der Dankbarkeit ihm ein von der Zahlstelle bewilligtes Geschenk überreichen. Die Gauleitung sowie der Hauptvorstand ließen ebenfalls Glückwünsche übermitteln. Veleger ließ durch unseren Vorsitzenden ein geschmackvolles Diplom überreichen. In bewegten Worten dankte der Jubilare für die erwiesene Ehrung und gelobte, auch fernhin nach bestem Können für unsere Sache einzutreten. Unter "Geschäftliches" wurden einige Schreiben des VOB, vom Vorsitzenden den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht. Zum Kassenbericht, der gedruckt vorlag, wurden vom Kassierer Schwerdt einige Erläuterungen gegeben. Eine Anzahl von Papierfahnen mußten getrieben werden, da sie in keiner Weise der Kontrollpflicht nachgekommen sind. Unsere Ortskasse weist am Ende des vergangenen Quartals einen Bestand von 2795 M. auf. Sodann gab Kollege Zinke einen Bericht vom 7. ordentlichen Gau-tag, der am 10. und 11. Oktober in Köln stattfand. Da die Unterstützungsanträge für die Gaukasse eher zu als abnehmen und aus kollektiver Solidarität die Gauleitung diese weitgehend berücksichtigen möchte, war eine Verringerung der Gaukasse-Einnahme, wie unser Antrag praktisch ergab, abzulehnen. Um einzelnen wurden die Gründe vorgebracht, die zur Ablehnung aller von unserer Zahlstelle gestellten Anträge geführt haben. Nicht vollkommene Einigkeit der bei den Beratungen vorgebrachten Gründe, sondern lediglich die Ausdruckslosigkeit der Annahme unserer Anträge hätten unsere Delegierten veranlaßt, sämtliche von uns gestellten Anträge zurückzuziehen. Von großer Wichtigkeit waren die Ausführungen des Kollegen Hornte vom Hauptvorstand, die ausführlich schon in dem Bericht über den Gau-tag aufgenommen waren.

In der Aussprache über den Gau-tag hatte man kein Verständnis für die vom Kollegen Zinke zurückgezogenen Anträge. Wohl war man sich von vornherein bewußt, daß alles, was von Essen kommt, eine Ablehnung erfährt, aber auf alle Fälle hätte man es darauf ankommen lassen sollen. Unter "Berichtigendes" machte Kollege Zinke die Mitteilung, daß nach Hättermelungen ein weiterer Lohnraub von 3 M. in der Spitze durch Schiedspruch gefaßt worden ist. Die Aussprache über diesen Punkt ergab eine heftige Anklage gegen das herrschende System. Ein abschließendes Urteil wird erst nach völliger Beendigung der Lohnbewegung möglich sein.

Neuwied. Am Sonnabend, dem 5. Dezember 1931, fand eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung statt, was damit zu begründen ist, daß die Kollegenchaft in der angespannten wirtschaftlichen Zeit in strengster Fühlung mit der Organisation bleiben will. Der Versammlung lag eine umfangreiche Tagesordnung zur Beratung vor, die im Interesse der Organisation erledigt wurde. Beim ersten Punkt der Tagesordnung wurde eingehend Stellung genommen zu der Lage der Zahlstelle, die der Vorsitzende auf Grund des vom Gauvorstand herausgegebenen Fragebogens schilderte, und der allgemeine Wunsch ausgeprochen, innerhalb der Verwaltung der Zahlstelle äußerste Sparmaßnahme wachen zu lassen. Die ersparten Gelder sollen den Erwerbslosen zugewandt werden. Die einschneidenden Maßnahmen werden sich in der nächsten Versammlung erst auswirken. Laut Ausschreiben des Verbandsvorstandes und der Berichte der "Soli" erstattete der Vorsitzende eingehend Bericht über den derzeitigen Stand der Lohnverhandlungen. Die Versammlung gab dem Wunsch Ausdruck, daß unsere Kollegen in der Tarifkommission nichts unversucht lassen, um die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 28. November zu vereiteln, da die Not innerhalb der Kollegenchaft schon sehr groß ist und fast alle Kollegen durch die Kurzarbeit schon ganz erhebliche Abzüge ertragen müssen. Bei dieser Gelegenheit wurde festgestellt, daß innerhalb der Zahlstelle nur noch ein ganz kleiner Prozentjahre Vollarbeiter ist. Mit besonderer Freude wurde die Maßnahme des Verbandsvorstandes begrüßt, der trotz der angespannten finanziellen Lage wiederum in diesem Jahre den Erwerbslosen und Invaliden eine Weihnachtsgeldunterstützung zugewilligt hat. Die Versammlung erweiterte den Satz der Sonderunterstützung auf Vorschlag des Vorstandes dergestalt, daß zu Weihnacht den Erwerbslosen (Invaliden sind keine in der Zahlstelle vorhanden) aus der Ortskasse eine Unterstüzung in Höhe von 7,50 M. ausgezahlt wird, mit der Bedingung, daß 4 M. in Guthaus ausgegeben werden zur Entnahme von Lebensmitteln im Konsum Hoffnung (GCH). Dadurch sollen die Erwerbslosen, die zum Teil noch keine Käufer der Genossenschaft sind, überzogen werden, daß sie dort besser kaufen können als in den kleinen Krämerläden. Unter dem nächsten Punkt wurden einige Fragen lokaler Art geregelt. Die Versammlung endigte mit dem Wunsch, daß das kommende Jahr hoffentlich der arbeitenden Klasse den Anfang zu besseren Zeiten bringen wird.

Rundschau

Betriebsratswahl in der Reichsdruckerei. Unter den denkbar ungünstigsten Zeit- und Betriebsverhältnissen fand am 2. Dezember die Wahl der Betriebsräte statt. Schon seit Mitte des Jahres sind in ununterbrochener Reihenfolge bis in die laufende Woche Entlassungen von ungefähr 1100 Arbeiterinnen und Arbeitern erfolgt. Dies wirkt naturgemäß sehr depressierend auf die gesamte Arbeiterchaft. Hinzu kam auch noch, daß für verschiedene Betriebsmerkmale Kurzarbeit zur Vermeidung von weiteren Entlassungen durchgeführt werden mußte. Zu allem Überfluß wurde nun auch noch am 28. November für das Buchdruckgewerbe ein Lohnabbauentscheidungsfall gefaßt, der im Falle der Verbindlichkeitsklärung auch für die Reichsdruckereiarbeiterchaft Geltung haben würde. Die Kommunisten benutzten diese bedauerlichen Notzustände zu wüsten Angriffen auf die Gewerkschaften, die SPD, und sämtliche großen und kleinen "Konze". Nur diesen wurde die Schuld an der Wirtschaftskrise, den Entlassungen und dem Lohnraub gegeben. Aber trotz aller Anstrengungen gelang es den Kommunisten nicht, ihre Mandatzahl zu erhöhen. Nur die Christen gewannen einen Sitz im Arbeiterrat, den der freien Gewerkschaften leider verlor. Von den 17 Sitzen im Betriebsrat behaupten die freien Gewerkschaften 11 Sitze, die KGD 5 Sitze, die Christen 1 Sitz. Im Arbeiterrat sind die freien Gewerkschaften mit 9 Sitzen, die KGD mit 5 Sitzen und die Christen mit 2 Sitzen vertreten. Für den Angestelltenrat war nur eine freie gewerkschaftliche Liste eingereicht worden, die somit als gewählter galt. Der Angestelltenrat zählt 8 Mitglieder, von denen 3 dem Betriebsrat angehören. Unter Berücksichtigung der äußerst schwierigen Verhältnisse können wir feststellen, daß sich die freien Gewerkschaften bei der diesjährigen Wahl allen Angriffen zum Trotz glänzend behauptet haben. Von den Entlassungen wurden die gewerkschaftlich besonders gut organisierten Arbeitergruppen am stärksten mit betroffen. Dies hat die Position der freigesellschaftlich organisierten Arbeiterchaft gegenüber den revolutionären Unorganisierten und der christlich organisierten Arbeiterchaft ebenfalls geschwächt. Aber alle Anstrengungen haben die gewerkschaftliche Vormachtstellung nicht erschüttern können.

Eine Übersicht über Mantel- und Lohnstarife der Buchbinder bringt die "Buchbindereizettelung", wobei besonders hervorzuheben ist, daß es sich nur um Reichsstarifverträge handelt. Im ganzen haben die Buchbinder fünf Reichsstarife abgeschlossen: Der mit dem "Ari" (Arbeitsgeberverband der papierverarbeitenden Industriefabriken) abgeschlossene und für die Geschäftsdruckbranche und Briefumschlagfabrikation geltende Mantelvertrag hat mit einmonatiger Kündigungsfrist Geltung bis zum 31. August 1932. — Der Lohnstarif gilt mit vierwöchiger Kündigungsfrist bis zum 13. Januar 1932. Der mit dem VOB (Verband Deutscher Buchbindervereiner) abgeschlossene und für die Großbuchbinderei geltende Mantelvertrag hat mit dreimonatiger Kündigungsfrist Geltung bis zum 30. Juni 1932. Der Lohnstarif gilt mit 14tägiger Kündigungsfrist bis zum 30. Dezember 1931. Der mit dem VDB (Deutscher Buchdruckerverein) abgeschlossene und für die Buchdruckerei-Buchbinder geltende Mantelvertrag hat mit dreimonatiger

Kündigungsfrist Geltung bis zum 31. März 1932. Der Lohnstarif gilt mit vierwöchiger Kündigungsfrist bis zum 13. Januar 1932. Der mit dem Zentralverband Deutscher Kartonfabrikanten abgeschlossene Mantelvertrag hat mit dreimonatiger Kündigungsfrist Geltung bis zum 30. September 1932. — Der Lohnstarif gilt mit vierwöchiger Kündigungsfrist bis zum 14. Januar 1932. Der für die Wikipapierindustrie abgeschlossene Mantelvertrag gilt mit dreimonatiger Kündigungsfrist bis zum 30. Juni 1932. — Der Lohnstarif gilt mit vierwöchiger Kündigungsfrist bis zum 13. Januar 1932.

Ein Film vom Marxismus: "Des Geistes Schwert." Wir werden vom Film- und Lichtbildamt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, auf diesen Film aufmerksam gemacht, der sich inhaltlich wie folgt aufbaut: Die Einführung bietet eine kurze Spielhandlung, die zeigen will, daß heute, obgleich überall vom Marxismus die Rede ist, nur sehr wenige wissen, was denn eigentlich der Marxismus ist. Die Spielhandlung leitet über in den ersten Abschnitt: Weltall und Leben, der dem Betrachter zunächst den kosmisch-biologischen Rahmen des gesellschaftlichen Geschehens zeigt. Im nächsten Teil wird dann trübselig die Gesetzmäßigkeit des gesellschaftlichen Lebensprozesses erläutert, das heißt der Zusammenhang zwischen der ökonomischen Basis und dem ideologischen Oberbau der Gesellschaft. Daran schließt sich die historische Entwicklung, der weitaus umfangreichste Teil, der dem Betrachter die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft demonstriert. Die Gesetzmäßigkeit des Gesellschaftsbaus wird dargelegt, sie läßt die Klassenlose sozialistische Gesellschaft als das gesellschaftlich notwendige Ziel der proletarischen Klassenbewegung erkennen. Mit diesem Film wurde der Gedanke einer tiefen menschlichen Gestaltung der gesellschaftlichen Theorien von Karl Marx und Friedrich Engels zum ersten Male praktisch verwirklicht. Ein illustrierter Prospekt wird auf Anforderung kostenlos überandt. Der Film hat vier Akte, 1580 Meter und ist jugendfrei. Die Selbstgebühr beträgt: 1 Tag 40 M., 2 Tage 70 M., 3 Tage 95 M., 4 Tage 115 M., 5 Tage 130 M., 6 Tage 140 M. Der Verleih findet nur durch den Film- und Lichtbildamt statt.

Wohneheim im Winter. Die Allgemeine deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime, der auch unser Verband als Mitglied angeschlossen ist, hat für die Wintermonate und Weihnachtstage Wohnebenenpreise festgelegt, die es dem Arbeiter möglich machen, das Wohnebene zu erschwinglichen Preisen in landschaftlich schöner Umgebung zu verbringen. Diese Gelegenheit werden wahrheitsgemäß unsere Winterport treibenden Kolleginnen und Kollegen gerne wahrnehmen wollen. Die Preise betragen für die Heime Frauenwald 4,50 M., Ripsdorf 4,70 M. und Mühlentau 4 M. Der Wohnebenenpreis schließt ein für den Sonnabend das Abendessen, für Sonntag erstes und zweites Frühstück, das Mittagessen und den Nachmittagskaffee und Unterkunft von Sonnabend zum Sonntag in kostenlos geheizten und gut ausgestattetem Zimmern. Kein Massenquartier. Wegen Auskunfts wolle man sich wenden an die Allgemeine deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H., Sitz Jena.

Vorsicht! Schwindler in der Sieblung! Überall spricht man von Sieblung, überall wird über Sieblung geschrieben. Das hat fündige Leute auf den Plan gerufen. Eine neue Grönderei ist angebrochen. In letzter Zeit sind in Deutschland etwa 300 neue Verbandsaufgepopen worden, die alle den künftigen Sieblern betreiben wollen. Diesem richtet sich die Propaganda dieser Verbands auch an die Arbeitslosen, denen die Beschaffung einer ländlichen Sieblung verprochen wird. Unter den Gröndern befindet sich bestimmt mancher Idealist. Aber es sind hier auch viele Gauner anzutreffen, die bei der Werbung für die Sieblung nur ihre eigene Tasche füllen wollen. Hinter einer Anzahl dieser Bünde stehen ausgeproben Schwindler, Späher des fürchtbaren Clends der Arbeitslosen. Wer für die Sieblung einen Rat braucht, wendet sich an die bekannten Stellen der Arbeiterbewegung, unter anderem auch an die Kreis- und Gauleiter des Deutschen Landarbeiter-Verbandes.

Literatur

Bildungsarbeit in Ostpreußen. Kann in Ostpreußen die Arbeiterbildung gemordet werden? Diese Frage untersucht Heinrich Schön in dem Buch "Die Ostpreußen. Sozialistische Bildung in Ostpreußen". Die monatlich erscheinende "Sozialistische Bildung" ist zum Preise von 1,50 M. für ein Vierteljahr durch die Post oder den Verlag J. G. W. Debes, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu beziehen. Einzelnummern kosten 70 Pf. Der Bestellsauskunft für sozialistische Bildungsarbeit. Berlin SW 68, Lindenstraße 3, heißt Probenummern gern zur Verfügung.

Am 30. November verlor nach längerer Krankheit unsere liebe Kollegin, die Hilfsarbeiterin
Emma Müller
(Invalide)
im Alter von 69 Jahren.
Ein ehrendes Gedenken bewahrt ihr
Die Mitgliedschaft Leipzig.

Unserer lieben Kollegin **Berta Schneider** (Arbeitslos) nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Abrechnungen

In der Woche vom 30. November bis 5. Dezember sind die Abrechnungen des dritten Quartals für Gau 1 aus Köln und Gau 7 aus Stettin bei der Verbandskasse eingegangen. Geldsendungen kamen aus Köln: 6640,05 M. und aus Stettin: 983,40 M.
Berlin, den 5. Dezember 1931. H. Lodaßl.

Für die Woche vom 6. Dezember bis 12. Dezember ist die Beitragsmarke in das 50. Feld des Mitgliedsbuches über der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: R. Schulze Charlottenburg: Weichselstraße 5, Berlin SW 1932. — Berlin: H. Lodaßl. Charlottenburg: Deutscher Arbeiter-Verband der arbeitslosen Hilfsarbeiter in Deutschland: Weichselstraße 5, Charlottenburg 9, Weichselstraße 5. — Druck: Buchdruckwerkstätte Gmbs, Berlin SW 61. Dreilindstraße.